

*Danilo Scholz/Adam Tooze*

## Für eine Politik der Geldpolitik

*Habermas, Streeck und Draghi*

**E**uropa eignete sich schon immer als Projektionsfläche. Die Europäische Union entstand zunächst ohne Revolution, aber in Folge zweier gewaltiger Kriege. Und sie veränderte sich nach dem Ende des Kalten Krieges noch einmal grundlegend, diesmal unter dem Eindruck einer Revolution. War es eine kontinentale Antwort auf die amerikanische Übermacht? Konnte nur im Rahmen der europäischen Einigung die deutsche Frage friedlich gelöst werden? Kam Europa endlich zu sich? Oder verbirgt sich hinter den Integrationsbemühungen ein christdemokratischer Klüngel? War Europa lediglich eine politisch hochgerüstete Waffe im Kalten Krieg, die dem Kapitalismus nach dem faschistischen Horror wieder auf die Beine helfen sollte?

Die diversen Anziehungs- und Abstoßungskräfte und die innere Pluralität des europäischen Institutionengefüges lassen sich bis in die Gründerjahre zurückverfolgen. Jean Monnet, Robert Marjolin, Ludwig Erhard und Charles de Gaulle stritten sich um die Definition und Ausgestaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Für einen hegelianischen Denker wie Alexandre Kojève, den es nach Kriegsende in die französische Verwaltung verschlagen hatte, war Europa ohnehin nur ein Zwischenstadium auf dem Weg zum Posthistoire. Den Kalten Krieg tat er als universalgeschichtliche Lappalie ab. Für Kojève war Europapolitik eine Apotheose administrativen Handelns, »ein Spiel höherer Ordnung«. Die Theorie des Neofunktionalismus war ein charakteristisches Produkt der Epoche. Sie ging davon aus, dass die Vergemeinschaftung einzelner Sektoren nach dem Vorbild der Montanunion sogenannte Spillover-Effekte erzeugen und die Integration weiterer Wirtschaftszweige nach sich ziehen würde, bis dem gütigen Sog der Europäisierung nichts mehr standhielte. Aber die funktionale Logik war nie einseitig. Selbst Monnets und Schumans als visionär gerühmte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl war in französischen Verwaltungskreisen höchst umstritten. Ende der fünfziger Jahre wurde dann mit harten Bandagen um die institutionelle Zukunft des jungen Europa gekämpft.

Es war eine auf den ersten Blick äußerst esoterische Angelegenheit. Sollte Europa sich als Freihandelszone positionieren, die den Mitgliedstaaten relativ freie Hand bei der Handelspolitik ließe? In Deutschland liebäugelte der ordoliberalen Wirtschaftsminister Erhard mit dieser Idee, die es zudem gestattet hätte, die europaskeptischen Briten mit ins Boot zu holen. Oder

sollte man die Gelegenheit beim Schopf packen, um, wie es Kojève und seinen Kollegen im französischen Außenhandelsamt vorschwebte, zu einem großen Sprung nach vorn anzusetzen und einen gemeinsamen Markt mit einheitlichen Außenzöllen und der Harmonisierung der Sozialstandards anzustreben? Kojève wollte es dabei nicht belassen: Schon 1950 lancierte er seinen Plan für eine europäische Währung mit keynesianischem Einschlag, deren Fokus neben der Preisstabilität auch auf Vollbeschäftigung und Umverteilungsfragen liegen sollte.

In den achtziger und neunziger Jahren kollidierten dann der Thatcherismus und die Hardliner in der Bundesbank auf der einen mit den Verfechtern eines »sozialen Europa« auf der anderen Seite. Erweitern oder vertiefen? So lautete die Frage in den neunziger wie in den fünfziger Jahren. Vor diesem Hintergrund waren die Vorstöße zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten weniger detailliert ausgearbeitete Entwürfe als vielmehr Beiträge zu einem kakofonischen Debattengewirr, in dem man es bis heute nicht mit zwei oder drei, sondern mit Dutzenden Europas zu tun hat. Mehr als 28 Europa-Vorstellungen werden es wohl sein, denn die argumentativen Konfliktlinien verlaufen nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch quer durch die einzelnen Länder. In diesen Auseinandersetzungen duellieren sich die unterschiedlichsten Akteure: Technokraten, Politiker, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler, die allesamt, ob rechts oder links, der EU mal skeptisch, mal zuversichtlich begegnen. Einige wünschen sich, dass Europa sich endlich eine Verfassung geben möge, die diesen Namen verdient. Andere wären schon mit halbwegs funktionierenden Institutionen zufrieden. Während eine gemeinsame europäische Politik für die einen bereits einen Wert an sich darstellt, insistieren die anderen darauf, sich endlich mit den hochproblematischen Auswirkungen der EU-Politik für die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten auseinanderzusetzen.

In ihrer derzeitigen Verfasstheit weist die EU erhebliche demokratische Mängel auf. Aber unpolitisch ist Europa deswegen noch lange nicht. Politikwissenschaftler konnten spätestens seit 2005 beobachten, dass der »permissive consensus« in Europa zusammengebrochen ist. Wo die Bürger der Europäischen Union einst wenn nicht wohlwollend, so doch indifferent gegenüberstanden und das Hinarbeiten auf das Ziel einer »immer engeren Union« zumindest erduldeten,<sup>1</sup> hat die Polarisierung in praktisch allen europäischen Gesellschaften zur Folge, dass die Diskussion immer häufiger aus dem Ruder läuft, wenn das Thema Europa aufkommt. Die Finanzkrise,

1 Vgl. Rainer Wahl, *Die »immer engere Union«. Zur Krise der EU*. In: *Merkur*, Nr. 812, Januar 2017.

die 2008 begann, verschärfte diesen Trend, aber sie verursachte ihn nicht. Es steht außer Frage, dass im Zuge der Antikrisenpolitik das Machtgefälle innerhalb der EU und der Euro-Zone offen zutage getreten ist. Auch deshalb werden im Ausland die Schriften der deutschen Gesellschaftstheoretiker mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Texte von Großautoren wie Jürgen Habermas liegen in kürzester Zeit in allen wichtigen Sprachen des Kontinents vor. Was die Rezeption seines Werks angeht, so muss man sich keine Sorgen um die Gesundheit der europäischen Öffentlichkeit machen. Habermas bleibt auch im 21. Jahrhundert eine der wichtigsten proeuropäischen Stimmen. Die Aufmerksamkeit, die dem Soziologen Wolfgang Streeck in den letzten Jahren zuteil wurde, lag demgegenüber nicht zuletzt in seiner bissigen Auseinandersetzung mit dem Status quo der Euro-Zone begründet. Als 2013 sein Buch *Gekaufte Zeit* erschien, war die Resonanz enorm – Habermas lobte das Buch umgehend als klinisch sauberen empirischen Befund der misslichen Lage. Nun hat Streeck, zunächst auf Englisch, mit *How Will Capitalism End?* nachgelegt.<sup>2</sup> Dass Streeck nicht lange fackelt, sobald er naive Euroträumer am Werk sieht, macht ihn zu einer Galionsfigur linker Euroskeptiker.

### *Streecks Krisentheorie*

Es ist Streecks großes Verdienst, die Krisentheorie der siebziger Jahre für das Hier und Jetzt fruchtbar gemacht zu haben. Der Kapitalismus steht im Zentrum seiner Analyse. In Abwandlung eines Horkheimer-Zitats gab Streeck denn auch zu Protokoll: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch von der europäischen Demokratie schweigen.<sup>3</sup> Doch die mangelnde Berücksichtigung des Nexus, der Demokratie und Kapitalismus in einem spannungsvollen Verhältnis zusammenhielt, ist für ihn nur Ausdruck einer tieferliegenden Malaise. Der selbstgefällige und gegen widerstrebende Tatsachen völlige abgedichtete Bau europäischer Luftschlösser gilt ihm als symptomatisch für eine bewusste Neutralisierung von Fragen der politischen Ökonomie: unter dem ebenen Pflaster der Sachlichkeit der grobkörnige Sand der Interessenpolitik. Streeck macht sich die Impulse der kritischen politischen Ökonomie zu eigen. Diese Tradition, die auf ehr-

2 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp 2013; *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London: Verso 2016.

3 Wolfgang Streeck, *What about Capitalism? Jürgen Habermas' Project of a European Democracy*. In: *European Political Science* vom 15. April 2016.

würdige Vorläufer wie Marx zurückblickt, versteht sich auf die Kunst der Demaskierung: Vermeintlich systemische Zwänge, von »ökonomischen Gesetzen« und »wirtschaftlicher Vernunft« ganz zu schweigen, entpuppen sich bei genauerer Betrachtung als Interessen, die sich aus wirtschaftlichen und politischen Machtdynamiken herauschälen. Heute steht dabei mehr denn je das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen globalem Kapital und dem – für Streeck unweigerlich lokalen – Faktor Arbeit im Vordergrund. Viel zu häufig werde von denen, die kühl die »Wirtschaft« ins Feld führen, so getan, als ob ökonomisches Handeln sich auf unumstrittene und unbestreitbare Ziele bezöge, die sich am besten durch das Befolgen wissenschaftlich fundierter Grundregeln erreichen lassen. Um ganz sicher zu gehen, betraut man vorsichtshalber Institutionen mit der Aufgabe, die Einhaltung dieser Leitlinien zu überwachen.

Diese Austreibung der Machtverhältnisse aus den Wirtschaftswissenschaften ist ein Grundbaustein der bürgerlichen politischen Ökonomie. Doch wie Streeck ausführt, nahm sie Mitte des letzten Jahrhunderts, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus der Taufe gehoben wurde, eine besonders virulente Form an: »Mit der Nachkriegsordnung schien der Moment gekommen, da die sozialdemokratische Utopie eines domestizierten, in ein öffentliches Gut einer befriedeten Industriegesellschaft verwandelten Kapitalismus Wirklichkeit werden würde ... Das Problem der sozialdemokratischen Mitte der siebziger Jahre – mit ihrem Glauben an die demokratische Legitimität und Leistungsfähigkeit des modernen Staates als Instrument gesellschaftlicher Regulierung – war, dass sie den Kapitalismus irrtümlicherweise für eine neutrale Vorrichtung im Dienste der gemeinsamen Wohlstandsproduktion hielt.«<sup>4</sup>

Seit den achtziger Jahren befand sich die traditionelle Sozialdemokratie zwar in der Defensive, doch die Vorstellung einer produktiven, durch Sozialkompromisse stabilisierten Wirtschaft verlor nichts von ihrer Strahlkraft und sollte nunmehr auf europäischer Ebene verwirklicht werden. Diese politisch-intellektuelle Konstellation prägte die Gesellschaftstheorie, die Wirtschaftswissenschaften, weite Teile der Soziologie, aber auch Habermas' Kritische Theorie. Streeck verweist auf den blinden Fleck in Habermas' 1981 veröffentlichter *Theorie des kommunikativen Handelns*: Die darin zum Ausdruck kommende systemtheoretische Neutralisierung des Kapitalismusbegriffs – die marktwirtschaftlichen Besitzverhältnisse wurden als gegeben hingenommen und sollten, sofern sie einer Eigenlogik ge-

4 Wolfgang Streeck, *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford University Press 2009.

horchten und die materielle Reproduktion der »Lebenswelt« sicherten, nicht angetastet werden – wurde mit einem antinationalen Plädoyer für Europa verknüpft. Eine dicht vernetzte Weltwirtschaft wurde zur unhintergehbaren Grundlage der Gesellschaftstheorie, und Interessenkonflikte wurden zu Problemen, die einer kompetenten Lösung harrten. Dabei ging auch der Impuls der kritischen politischen Ökonomie verloren, die stets darauf pochte, dass die »Wirtschaft« sich nicht auf eine mehr oder minder aufgeklärte Betriebswissenschaft reduzieren lässt, sondern – hier greift Streeck Chantal Mouffes Arbeiten auf – auf einem »mehr oder minder latenten Klassenkonflikt« gründet, in dem »der Widersacher des ›Volkes‹ nicht die Technokratie, sondern das Kapital ist.«<sup>5</sup>

Der Kapitalismus der Europäischen Union rollt, so Streeck, wie eine Dampfwalze über »eine 2000 Jahre alte Kultur- und Politiklandschaft« von beeindruckender Vielfalt und fasst diese in ein »utilitaristisches Gefüge« ein, das vor allem den Interessen der »deutschen Exportindustrie dient«. Die gesellschaftspolitisch passionierte Linke der neunziger Jahre hat ihrerseits die Wirkmächtigkeit des Kapitalismus schlicht unterschlagen. Streeck ist überzeugt davon, dass der Kapitalismus die Welt, die wir kennen, in den Untergang führt.

Diese millenaristische Erzählung lässt an aufschlussreicher Drastik nichts zu wünschen übrig. Es ist nur folgerichtig, dass Streeck aus seiner Diagnose einer bevorstehenden kapitalistischen Endzeit politische Konsequenzen zieht. Wenn die Erfordernisse der Globalisierung sich auf immer mehr Lebensbereiche erstrecken, wie auch Habermas zubilligt, muss widerständige Politik für die Selbstbehauptung der Gesellschaft eintreten. Die Wege der beiden Denker trennen sich jedoch, sobald sich die Frage nach dem Wie dieser Selbstbehauptung stellt. Habermas redet seit Jahren einer dezidiert kosmopolitischen Neuausrichtung das Wort, in der die EU lediglich die Vorstufe einer genuinen Weltinnenpolitik darstellt. Streeck hat für diesen Abschied von der Kleinstaaterei zugunsten einer globalisierungsadäquaten »Großstaaterei« nur Häme übrig, da Habermas ganz auf einer Linie mit der Logik des systemischen Mediums Geld liege: je mehr, desto besser. Streeck stellt diese nur halbherzig verbrämte Geschichtsphilosophie vom Kopf auf die Füße: »Ein Weniger an ökonomischem Universalismus, der dem kons-

5 »This disregards the fundamental insight of critical political economy that ›the economy‹ is fundamentally not about more or less enlightened management but about more or less manifest class conflict, in which the adversary of ›the people‹ is not technocracy but capital.« Chantal Mouffe, *On the Political (Thinking in Action)*. Abingdon: Routledge 2005.

titutiven Partikularismus real existierender menschlicher Gesellschaft entspräche, könnte eine demokratischere Antwort auf unsere gegenwärtige politisch-ökonomische Sackgasse sein als ein politischer Universalismus«, der dem Vormarsch des Gelds und der Märkte vergebens hinterherzuhecheln versucht.

### *Take back control*

Streeck ist sich durchaus bewusst, dass solche Überlegungen ihm als Bruch mit der eigenen Theoriefamilie ausgelegt werden könnten. Doch ähnliche Verlautbarungen gab es in den neunziger Jahren auch von Seiten linker Antiglobalisierungsbewegungen und ihrer diversen Abkömmlinge. Seit 2008 machte Marine Le Pen die Globalisierungskritik zu einem programmatischen Grundpfeiler des vormals wirtschaftsliberalen Front National. Der EU, als Vorhut des Freihandels gebrandmarkt, wird ein unrühmliches Ende auf der Müllhalde der Geschichte prophezeit. Le Pen erwies sich damit als Trendsetterin, denn rechte Parteien auf dem Kontinent nahmen sich den Front National zum Vorbild. Im Vorfeld der Europawahlen 2014 beklagte Ulrich Beck »eine antieuropäische Revolution der rechten und linken Rechten«. Seit 2015 koalitiert Syriza in Griechenland mit der nationalpopulistischen Partei ANEL, was selbst im eigenen Lager für Verstimmung sorgte. Obwohl Großbritannien kein Mitglied der Euro-Zone ist, zeigten sich auch hier linke Beobachter entsetzt darüber, wie die ausdrücklichen Wünsche der griechischen Bevölkerung übergangen wurden. Es war der Sommer, in dem die Idee des Lexit – eines mit linken Argumenten begründeten Ausscheidens aus der EU – für so manchen plötzlich plausibel schien. »Take back control« – das war auch ein Bekenntnis zur nationalen Demokratie. Auch in der deutschen Linkspartei ist die Europaskepsis stark verbreitet.

Die Stimmung ist aufgeheizt, denn die Unübersichtlichkeit hat eine neue Qualität erreicht. Angesichts des Stimmenzuwachses rechter Parteien will Habermas die demokratische Polarisierung weiter forcieren. Gefragt, ob es nicht gelte, auf die Wähler dieser Parteien zuzugehen, wiegelte er ab: »Verachtung« sei das Gebot der Stunde gegenüber den Reaktionären. In Frankreich geht der postmarxistische Philosoph Etienne Balibar, der – das sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden – von den französischen Kommunisten vor die Tür gesetzt wurde, weil er sich erlaubt hatte, die xenophoben Umtriebe in der eigenen Partei zu verurteilen, noch viel weiter. Er nimmt die demokratische Rhetorik neu- und altrechter Parteien beim Wort und setzt bei der inneren Zerrissenheit der Volksherrschaft an. Tatsächlich können sich die selbsternannten Volksfreunde oft nur mit einem Aspekt der

Demokratie anfreunden: dem Volk als Nation, als Ethnos. In für sie unangenehmeres, weil unruhigeres und unkontrollierbares Fahrwasser geraten sie jedoch, wenn das Volk als Demos, als politische Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger, zur Sprache kommt. Will man nämlich die politischen Mitbestimmungsrechte aller in einem Land lebenden Menschen nachhaltig stärken und sie an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen beteiligen, dann, so Balibar, müsse man auch all diejenigen einbeziehen, die vom Wahlrecht oder von Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Damit tut sich der nationale Wohlfahrts- und Parteienstaat jedoch ungemein schwer. Das Gebot der staatsbürgerlich-politischen Teilhabe prallt mit den Beharrungskräften des Ethnos zusammen. Für Balibar übersteigt eine »Demokratisierung der Demokratie« daher die Fähigkeiten des Nationalstaats, ja sie befindet sich in einem hochgradig konfliktuellen Verhältnis zu ihm.

Streeck hingegen gebärdet sich als gesellschaftstheoretischer Sprecher der schweigenden Mehrheit, die auch deshalb so still ist, weil für sie bei den dröhnenden universalistischen Festreden schlicht kein Platz vorgesehen ist. Er notiert mokant, dass die »Nation« Eurokraten wie Habermas regelmäßig in Verlegenheit bringt, da sie in dem normativ-strukturellen Gerüst, das dieser errichtet – Modernisierung, Globalisierung, Kosmopolitismus sind nur einige der Stichwörter –, ein widerspenstiges Element bleibt. Streeck verteidigt die Nation gegen ihre Verleumder, schließlich habe sich diese moralisch-wirtschaftliche Gemeinschaft als Quelle institutionalisierter Solidarität bewährt. Ohne Zweifel ist der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung ein Kenner der unterschiedlichen nationalen politischen Kulturen, was sich nicht zuletzt in seiner Veröffentlichungsstrategie und seinen Einwüfen zur Migrationskrise zeigt, die stets auf den jeweiligen Adressaten abgestimmt waren. Kleine Akzentverschiebungen kommen vermuteten nationalen Eigenarten und politischen Mentalitäten entgegen. So machte er sich für ein französisches Publikum das bei Jean-Luc Mélenchons *Front de gauche* und Marine Le Pens *Front National* beliebte Argument zu eigen, Merkels kurzlebige Grenzöffnung sei in Wahrheit eine ökonomisch-demografische Überrumpelungsaktion gewesen, die Deutschlands Arbeitskräftemangel kompensieren sollte und geeignet ist, den innereuropäischen Lohnwettbewerb zu verschärfen. Obendrein gab es zudem lobende Worte für de Gaulles »Europa der Nationen«. <sup>6</sup> Im Politikteil der *FAZ* wurde er deutlicher: Zum nationalpolitischen Einmal-eins, ja zum demokratischen Commonsense gehöre es nun mal, »die eigenen

6 Wolfgang Streeck, *Vive l'Europe des nations*. In: *Le Monde* vom 4. März 2016.

Bedürfnisse von denen der Flüchtlinge zu unterscheiden.«<sup>7</sup> Als der gleiche Essay zuvor in leicht abgewandelter Form in der linken *London Review of Books* erschienen war, hätte man solche Bemerkungen vergeblich gesucht.<sup>8</sup>

Selbst wenn man die Nation als letzte Verteidigungslinie gegen den globalen Kapitalismus ausruft, hängt vieles davon ab, wie diese politische Gemeinschaft sich zusammensetzt. Der taktische Rückzug ins Nationale lässt sich mehr oder weniger elegant bewerkstelligen. In Frankreich steht der französische Ökonom und Philosoph Frédéric Lordon in Sachen EU-Skepsis Streeck in nichts nach. Je zügiger die Euro-Zone abgewickelt wird, desto besser, wie Lordon in seinen Kolumnen für *Le Monde diplomatique* schon seit Jahren unmissverständlich klarmacht. Seine Analysen der ökonomischen Ungleichgewichte und der politischen Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union ähneln in vielerlei Hinsicht denen Streecks. Immer wieder weist Lordon wohlwollend auf die Überlegungen seines deutschen Kollegen hin.

Doch Lordon weiß nur zu gut um die Stärke und die Anziehungskraft des Front National – einstige Weggefährten waren sogar bereit, im Kampf gegen den Euro gemeinsame Sache mit Marine Le Pen zu machen. Von derartigen Unternehmungen grenzte sich Lordon konsequent ab. Er schlug dementsprechend vor, die Rückkehr zu einer national ausgerichteten Wirtschaftsordnung – zunächst mit eigener Währung, politisch besetzter Notenbank, radikaler Umverteilungspolitik – mit einer Geste der Offenheit zu flankieren. Alle bislang unter juristisch ungeklärtem Status auf französischem Territorium lebenden *sans-papiers* sollten nicht nur umgehend das Aufenthaltsrecht erhalten, sondern zu vollwertigen *citoyens* mit allen dazugehörigen Rechten werden.<sup>9</sup> Bei Streeck steht mehr auf dem Spiel. Die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin drohe, so schrieb er in der *FAZ*, »aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition« zu machen. Er kann sich Migranten als »künftige Mitbürger« in der Tat nur in Anführungszeichen vorstellen. Bei Streeck steht mehr auf dem Spiel. Er kann sich Migranten als »künftige Mitbürger« in der Tat nur in Anführungszeichen vorstellen.

7 Wolfgang Streeck, *Merkels neue Kleider*. In: *FAZ* vom 3. Mai 2016.

8 Wolfgang Streeck, *Scenario for a Wonderful Tomorrow*. In: *LRB* vom 31. März 2016.

9 Vgl. Frédéric Lordon, *La Malfaçon. Monnaie européenne et souveraineté démocratique*. Paris: LLL 2014.

### *Planierwalze Kapitalismus*

Streecks engstirniger Begriff der Nation soll aber nicht vom eigentlichen Problem ablenken. Konzeptueller Schwerpunkt seiner jüngeren Veröffentlichungen ist wie gesagt der Kapitalismus. Leider ist es um den Gehalt dieser Analyse ähnlich dürftig bestellt. Streeck ist Veteran der vergleichenden Kapitalismusforschung, sein Fachgebiet ist Deutschland. Als komparative Größen dienen ihm die klassischen Industriestaaten plus Japan. Die Radikalisierung seines Kapitalismusbegriffs, die um die Jahrtausendwende eingesetzt hat, führt nicht, wie man vielleicht vermuten würde, zu einer präziseren Erfassung globaler Komplexität, sondern lediglich zu einer weiteren Vereinfachung. Der Kapitalismus ist eine Planierwalze, die jede Besonderheit plattmacht. Die EU und der Euro gelten Streeck als die radikalste und systematischste Variante dieser globalisierten Verflachung. Und das hat schwerwiegende methodologische Folgen.

Als man Streeck in einem Interview bat, seinen Ansatz zu erläutern, meinte er salopp: »Im Wesentlichen sehe ich das globale kapitalistische System der OECD-Staaten als ein Ganzes, Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern adressiere ich eher weniger. Meine ›Versuchsanordnung‹, wenn Sie so wollen, ist diachronisch, meine Stichprobe ist  $n=1$ .«<sup>10</sup> Wenn Streeck mit  $n=1$  das große Ganze im Auge hätte, das »Weltsystem«, das Immanuel Wallerstein, Giovanni Arrighi oder die Klassiker Lenin, Luxemburg und Trotzki avisieren, wäre daran nichts auszusetzen. Doch Streeck versteht darunter etwas anderes, wie er in *Gekaufte Zeit* hervorhebt. Die OECD-Staaten sind, Land für Land, denselben Einflüssen unterworfen – und sie reagieren bis in die Ununterscheidbarkeit ähnlich. Zuerst wurde in den siebziger Jahren der Inflation freien Lauf gelassen, dann schnellte die Verschuldung der Staatshaushalte in die Höhe, bis der »private Keynesianismus« zum Zuge kam, bei dem öffentliche Schulden durch private ersetzt wurden, bevor die Krise 2008 das Fass schließlich zum Überlaufen brachte. Das lief in Europa nicht anders als in den Vereinigten Staaten, der theoretische Algorithmus ist stets der gleiche, das Grundproblem ebenso: die Unmöglichkeit, heterogene kollektive Ansprüche angesichts geringer Wachstumsraten zu befriedigen.

Paradoxerweise ist die große Abwesenheit in Streecks Lamento ausge-rechnet die Globalisierung. Genauer: die Phänomene, die dieser Terminus gemeinhin umfasst. Da wäre zunächst die dramatische Entwicklung nicht-westlicher Staaten, deren Wachstum nicht abnimmt, sondern sich sogar

10 »Order is an exception, not the rule«. An Interview with Wolfgang Streeck.

In: *Revue de la Régulation*, Nr. 19, 2016.

beschleunigt. Sie gehören nicht zu Streecks OECD-Stichprobe. Auch wenn zahlreiche westliche Unternehmen in diese Entwicklung eingeklinkt sind (und daran gut verdienen), lässt sich das nur bedingt anhand der Statistiken zum Bruttosozialprodukt in den OECD-Staaten nachvollziehen. Zweitens, und das ist fast noch wichtiger, zeichnet sich diese Entwicklung nicht durch Einförmigkeit nach dem Modell  $n=1$  aus, sondern durch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und die Verklammerung radikal verschiedener Evolutionspfade, die keine Anstalten machen, in naher Zukunft zu konvergieren. Stattdessen beobachten wir, wie ständige neue Divergenzen, Ungleichheiten und Diskrepanzen erzeugt werden. Die Gleichung  $n=1$  ließe sich nur als Universalgeschichte im Sinne von Foucault und Deleuze aufrechterhalten: Alles ist singulär.<sup>11</sup>

Seit es dieses dicht verwobene System der Interdependenzen gibt, streitet man darüber, wie es sich auf lange Sicht entwickeln wird. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist ein historisches Phänomen. Sie hat einen Anfang, wird sie auch ein Ende haben? Oder nähern wir uns dem Plateau der stationären Wirtschaft, über das schon Adam Smith spekulierte? Auf welchem Niveau würde sich der Kapitalismus dann einpegeln? Oder droht vielmehr zunehmende Verarmung, gesellschaftliche Anomie und eine ökologische Katastrophe, wie Malthus sie vorhersah? Unter nicht wenigen Sozialdemokraten galt es Ende des 19. Jahrhunderts als ausgemacht, dass der »große Kladderadatsch« nur eine Frage der Zeit sei.

Zunächst nahm sich Streecks Ausblick in *Re-Forming Capitalism* und *Gekaufte Zeit* sinnvollerweise bescheiden aus. Er betonte immer wieder die sprunghaften und konfliktreichen Merkmale des Kapitalismus – schon aus diesem Grund musste sich jede Zukunftsprognose schwierig gestalten. Wie viel Zeit hat sich der demokratische Kapitalismus gekauft? Würde es gelingen, das Begleichen der Rechnung endlos in die Zukunft zu verschieben? Habermas attestierte in seinem Essay zu *Gekaufte Zeit* Streeck eine durchaus subtile Herangehensweise an die heikle Frage des Determinismus. »Da Wolfgang Streeck sein Szenario in einem handlungstheoretischen Rahmen entwickelt, ohne sich auf ›Gesetze‹ des ökonomischen Systems (beispielsweise einen ›tendenziellen Fall der Profitrate‹) zu stützen, ergibt sich aus der Anlage der Darstellung klugerweise keine theoretisch begründete Voraussage. Voraussagen über den weiteren Krisenverlauf können sich in diesem Rahmen nur aus der Einschätzung von historischen Umständen und kon-

11 Vgl. Paul Veyne, *Foucault. Die Revolutionierung der Geschichte*. Frankfurt: Suhrkamp 1992; Hervé Inglebert, *Le Monde, l'Histoire. Essai sur les histoires universelles*. Paris: Presses Universitaires de France 2014.

tingenten Machtkonstellationen ergeben.«<sup>12</sup> Aber schon 2013 meinte Habermas bei Streeck »ein gewisses Flair von Unausweichlichkeit« feststellen zu können. Mit seiner neuesten Krisenschrift lässt Streeck alle Vorsicht fahren. Es lohnt sich nicht mehr zu fragen, *ob* der Kapitalismus untergehen wird, sondern lediglich, *wann* und unter welchen Umständen das geschehen wird.

Womit wir nun doch wieder bei den »Gesetzen« und Methoden wären, die eine solche Prognose autorisieren. An dieser Stelle bietet sich ein kurzer Vergleich an. Als Thomas Piketty 2013 *Das Kapital im 21. Jahrhundert* veröffentlichte, griff er bei seiner Untersuchung auf neue Datensätze zurück. Seine pessimistische Prognose zur Einkommens- und Vermögensentwicklung basiert auf seiner berühmten, äußerst umstrittenen kleinen Formel  $r > g$ , die besagt, dass, solange die Renditen der Privatvermögen das Wirtschaftswachstum übersteigen, die Ungleichheit zunimmt. Piketty verwandte mehr als achthundert Seiten darauf, sein Verfahren zu begründen und seine Ergebnisse zu untermauern. Man kann über Pikettys Buch geteilter Meinung sein, aber er sah zumindest, wie immens die Herausforderung ist. Wer vom Kapitalismus reden will, sollte auch in der Methodenfrage nicht schweigen.

Begibt man sich dagegen mit Streeck auf die Reise zum Ende des Kapitalismus, macht sich rasch Ernüchterung breit. Alte Geschichten werden aufgetischt. Eine Mischung aus fallender Profitrate, Investitionsrückgang und anämischem Wachstum setzt der Weltwirtschaft zu. Regierungen bleiben nur Ausweichmanöver, sie nehmen bei Notbehelfen Zuflucht. Aber welche kausale Verbindung besteht zwischen diesen Symptomen? Streeck schiebt regelmäßig Diagramme ein, die seine Argumentation unterfüttern sollen und den Lesern doch nur einen irreführend kleinen Ausschnitt eines weitaus größeren Problemzusammenhangs präsentieren. Von einem Modell zu sprechen wäre der Ehre zu viel. *How Will Capitalism End?* gleicht eher einem Flickenteppich.

Es ist natürlich einfacher, wenn man sich über lästige empirische oder theoretische Fragen nicht unnötig den Kopf zerbrechen muss. Aber sieht man sich die Unternehmensgewinne der letzten dreißig Jahre an, tauchen Zweifel auf. Bei der Unternehmensberatung McKinsey herrscht jedenfalls keine Untergangsstimmung. Die Wirtschaftsgeschichte erinnert zwar an den Einbruch der siebziger Jahre, doch lässt sich daraus nur schwerlich eine rabenschwarze Gegenwartsdiagnose ableiten. Selbst marxistische Ökonomen, die ein theoriegeschichtlich verbürgtes Interesse an fallenden Profit-

12 Jürgen Habermas, *Im Sog der Technokratie*. Berlin: Suhrkamp 2013.

raten haben, gestehen unumwunden und nach harter statistischer Kleinarbeit zu, dass sich seit der Flaute in den siebziger Jahren kein konsequenter Abwärtstrend abgezeichnet hat. Dass es bald etwas härter zugehen könnte, bestreitet niemand, auch McKinsey nicht. Das wiederum hat unter anderem mit der neuen Konkurrenzsituation im globalen Kapitalismus zu tun. Das Problem ist der sich intensivierende Wettbewerb mit chinesischen Großunternehmen und weniger der klassische Verteilungskampf.

### *Das Neue der Krise*

Mit Spekulationen über langfristige Trends wagt man sich immer aufs Glatteis. Ohne Schematismus keine Prophetie. Doch ein bisschen Neugier sollte man mitbringen. Für Streck ist die große Krise nur ein Verstärker von Gewissheiten. Das von ihm so gescholtene technokratische Management ist da bereits weiter und hat systematisch das Neue dieser Krise herausgearbeitet. Die Arbeitspapiere der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der US-Notenbank, der Bank of England, aber auch der EU-Kommission vermitteln Einblicke in diese Arbeit.<sup>13</sup> Dort ist die Globalisierung des Finanzwesens nicht nur ein Slogan oder ein Schimpfwort, sondern wurde zum Anlass für eine theoretische und empirische Neuausrichtung. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr allein Produktionszahlen und der außenwirtschaftliche Leistungssaldo, sondern auch die Bilanzen der multinationalen Großbanken, die sich auf Billionenhöhe belaufen. Diese neuartige Sichtweise hat die altbekannten Trennlinien zwischen Mikro- und Makroperspektiven, zwischen Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft, verwischt. Einen Paradigmenwechsel auszurufen mag verfrüht erscheinen, aber wir haben es auf jeden Fall mit dem epistemologischen Pendant zur sogenannten *macroprudential governance* zu tun, die der Arbeit der Finanzaufsichtsbehörden schon heute ihren Stempel aufdrückt, wenn allerorten nach systemischen Risiken Ausschau gehalten wird.

Für ein besseres Verständnis der Krise von 2008, die trotz anderslautender Behauptungen eben keine Krise der Staatsschulden oder Handelsbilanzen war, ist es unabdingbar, sich auf die Rolle der Banken zu konzentrieren. Nur so lässt sich überzeugend darlegen, warum das Erdbeben im Finanzsektor ausgerechnet die Euro-Zone so nachhaltig erschütterte. Mit der fehlenden fiskalpolitischen Disziplin innerhalb der Euro-Zone in den Jahren vor 2010

13 Vgl. Stefan Avdjiev/Robert N. McCauley/Hyun Song Shin, *Breaking free of the triple coincidence in international finance*. BIS Working Papers, Nr. 524, Oktober 2015.

hatte das nämlich so gut wie gar nichts zu tun. Auch die Fiskalunion ist hier nur insofern problematisch, als ihr Fehlen eine schnelle Lösung der Bankenkrise blockiert. Um einen heterogenen Wirtschaftsraum unter Bedingungen globalisierter Finanzströme zusammenzuschweißen, braucht es vor allem eine Bankenunion, die diesen Namen verdient, und eine Zentralbank, die vor Antikrisenpolitik nicht zurückscheut.

Zentralbanken haben entscheidenden Einfluss darauf, ob sich – wie in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien – eine schwere Krise überstehen lässt oder ob sich die Situation – wie in der Euro-Zone – weiter zuspitzt. Eine energische Banken- und Finanzmarktaufsicht hat mittlerweile einen mindestens genauso großen Stellenwert wie die Fiskal- und Handelspolitik. Es hat gedauert, bis der veränderten institutionellen Handlungsfähigkeit auch theoretisch Rechnung getragen wurde.

Weder in Streecks noch in Habermas' unmittelbar auf den Ausbruch der Krise folgenden Interventionen spielten Zentralbanken eine wesentliche Rolle. Spätestens 2015 lag die Sache schon anders – und der Informationsgewinn, der sich aus den Texten beider ergibt, ist beträchtlich. Eines der besten Kapitel von *How Will Capitalism End?* ist Geldtheorien und der Geldpolitik gewidmet. Es gehört zu den großen Stärken von Streecks Essay, dass er in der Debatte mit Habermas einer durch und durch politischen Geldtheorie das Wort redet. Geld ist kein neutrales Steuerungsmedium, sondern immer auch Ausdruck von Ordnungsvorstellungen und Machtverhältnissen. Zentralbanken – und die EZB vorneweg – fungieren als nichtdemokratische und dennoch politisch umkämpfte Souveränitätspole.

Streeck räumt ein, dass die Schuldnerstaaten des Südens durchaus von der Niedrigzinspolitik der EZB profitieren – und umgekehrt den Zorn deutscher Ordoliberaler wie Jens Weidmann auf sich ziehen, die um die disziplinierende Wirkung der Austerität bangen und deutsche Sparer de facto von einer Enteignung bedroht sehen. Die dauerhaft niedrigen Leitzinsen lassen das Sparen nicht länger als lukrative Option erscheinen. Im Gegenzug erhoffen sich die Gläubigerstaaten des Nordens, dass die EZB eine Drohkulisse aufrechterhält, wenn es gilt, »Strukturenreformen« durchzusetzen: Die europäische Vertragsarchitektur wissen sie seit Maastricht dabei ohnehin auf ihrer Seite. Streeck behauptet nichtsdestotrotz, dass die von politischen Konfliktlinien durchzogene Institution der Europäischen Zentralbank vor einer Zerreißprobe stehe. Als Korrektiv für die strukturellen Ungleichgewichte in der Euro-Zone eigneten sich die Anleihenkäufe auf keinen Fall. Auch als Kreditgeber letzter Instanz seien dem Mandat der EZB enge politische Grenzen gesetzt. Streeck warnt vor »institutionellen Parallelexistenzen« und Dauerzoff in der Geldpolitik.

Aber warum verbucht eine sich politisch gebende Geldtheorie diesen Sachverhalt als Manko und nicht etwa als Chance? Aus der aktuellen monetären Gemengelage könnte eines der entscheidenden – und am härtesten umkämpften – Politikfelder der Zukunft hervorgehen, das irgendwann in einer Reihe mit anderen technopolitischen Bereichen wie Energie-, Klima- und Sicherheitspolitik steht. Auch dort können sich technokratische und privatwirtschaftliche Akteure dem Druck der Öffentlichkeit nicht auf Dauer entziehen. Die Vielschichtigkeit der Währungspolitik spricht vielleicht dagegen, dass die breitere Öffentlichkeit sich dafür interessiert – aber ausgeschlossen ist eine weitere Politisierung in diesem Bereich nicht.

Der Euro könnte den Anfang machen. Überall in Europa wird verstärkt registriert, dass die deutschen geldpolitischen Vorstellungen in Frankfurt, dem Sitz der EZB, nicht widerstandslos hingenommen werden. Sie sind in letzter Zeit sogar verstärkt ins Hintertreffen geraten. Eine weitere politische Arena hat sich inmitten der Technokratie aufgetan. Die Kursänderung kam, als Mario Draghi im November 2011 die Führung der EZB übernahm. Also ein Ökonom, der eine solide makroökonomische Ausbildung durchlaufen hatte, die neunziger Jahre im italienischen Finanzministerium erlebte, bei Goldman Sachs zu Beginn des neuen Jahrtausends die Karriereleiter hinaufkletterte und als Eurokrat ein erstaunliches Situationsgefühl beweist.

In einem langen Aufsatz, der im Juni 2015 in der *Süddeutschen Zeitung* erschien, erkannte man Habermas jedenfalls kaum wieder. Voller Hochachtung schilderte er das Tun des EZB-Direktors. »Das politische Vakuum, das die Mitgliedstaaten im Rat hinterließen, wurde notdürftig von Mario Draghi gefüllt, der 2012 versprach, alles Notwendige zu tun, um den Euro zu stabilisieren.« Habermas verneigte sich geradezu vor seinem unverhofften Helden. »Mit der Ankündigung, notfalls Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe anzukaufen, hatte er für die Euro-Gruppe die Kastanien aus dem Feuer geholt.« Die Ad-hoc-Maßnahme brachte ein Dilemma zum Vorschein. Draghi »simulierte« eine »Fiskalsouveränität«, die er gar nicht besaß, schließlich waren es die nationalen Notenbanken, die laut Statut die Letztverantwortung trugen.

Wie immer zog es Habermas im Anschluss zur europäischen Verfassung hin, von der er einfach nicht lassen kann. Dabei wäre es äußerst lehrreich gewesen, noch ein wenig bei der EZB zu verweilen. Denn 2012 folgten auf Draghis Worte keine Taten. Während Ben Bernanke, Chef der US-Notenbank, die Schleusen öffnete und Liquidität ins Finanzsystem pumpte – auch die europäischen Banken schöpften daraus –, schrumpfte die Bilanzsumme der EZB. Erst im Januar 2015 kündigte Draghi massive Wertpapierkäufe an. Einige Tage später gewann Syriza die Parlamentswahlen in

Griechenland. Griechische Anleihen waren nicht Teil des »Quantitative Easing«-Programms, in dem alle anderen Krisenländer vertreten waren. In dem Maß, in dem sich die Euro-Zone wieder etwas Luft zum Atmen verschaffte, konnte auch die Eigendynamik des Politischen gedeihen – sehr zum Leidwesen von Alexis Tsipras. Die überwiegend konservativen Regierungen in den Gläubigerstaaten traktierten die vermeintlichen »Fiskalsünder« in Athen und konnten sich darauf verlassen, dass die Märkte stillhalten würden. Es ist ein Fehler anzunehmen, dass Politik, die sich aus dem Korsett finanzieller Zwänge befreit, schon allein aus diesem Grund ein emanzipatorisches Antlitz offenbart. Vielmehr legt die amerikanische Geschichte der letzten dreißig Jahre die Vermutung nahe, dass Machtkämpfe manchmal besonders brutal geführt werden, wenn sich Politiker keine Sorgen um »nervöse Märkte« machen müssen.

Eine Woche, nachdem Habermas öffentlich gewürdigt hatte, wie sehr sich Draghi um die Stabilisierung der Euro-Zone verdient gemacht hatte, erwiderte die EZB die griechischen Forderungen nach einem Referendum über die Sparpolitik auf ihre Art: Sie deckelte die ELA-Notkredite, auf die das Land angewiesen war. Athen sah sich gezwungen, Kapitalkontrollen einzuführen. Es bestanden plötzlich nur noch begrenzte Möglichkeiten, am Bankschalter Bargeld abzuheben, auch Auslandsüberweisungen wurden stark eingeschränkt. Es hätte sogar noch schlimmer kommen können: Die konservativen Mitglieder im EZB-Direktorium wollten ein Exempel statuieren, nur mit Mühe konnte Draghi sie von noch radikaleren Maßnahmen abhalten. Doch fortan war die polymorphe Machtfülle der EZB für alle ersichtlich: Die Bank agierte in kurzem Abstand als finanzieller Sozialarbeiter, Polizist, Richter, Anwalt und Henker. Joseph Vogl schrieb, dass die EZB einen »prekären, exzentrischen und herausragenden Posten im Regierungshandeln« besetzt. Ihre Befugnisse über Geld- und Währungspolitik umschreiben »eine souveräne Position«, »mithin eine Regierung letzter Instanz«.<sup>14</sup>

### *Liquiditätsspritzen*

Ist eine Zentralbank vorstellbar, die eine demokratisierende Politik betreibt? Für Streeck wird Draghi wohl immer ein Handlanger von Goldman Sachs bleiben. Die personelle Verflechtung von Investment- und Notenbanken ist kein überzeugender Einwand, denn sie radikalisiert die Eingangsfrage lediglich, anstatt sie zu beantworten. In historischer Perspektiven waren

14 Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*. Berlin: diaphanes 2015.

Zentralbanken oft Schwungräder staatlichen Handelns. Ohne die Bank of England und die amerikanische Federal Reserve wären möglicherweise weder die Entente-Mächte als Sieger aus dem Ersten noch die Alliierten als Sieger aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Auf eine solche geldpolitische Mobilisierung muss, entgegen der deutschen Erfahrung, keine Hyperinflation folgen. Stattdessen operierten die Siegerstaaten mit einer »finanziellen Repression«. Zum Lastenausgleich nach dem Krieg gehörte es, dass Geldanleger schleichende Verluste zugunsten des Staats einsteckten.

Regelmäßig wurden Parallelen gezogen zwischen den Maßnahmen aus der Kriegszeit und der systemstabilisierenden Politik der US-Notenbank nach dem Crash 2008. Die Europäer sollten der Tatsache ins Auge sehen, dass die Federal Reserve auch dazu beigetragen hat, das Bankensystem in der EU zu konsolidieren. Dass es den Deutschen nach Auskunft ihrer Regierungschefin noch nie so gut gegangen ist wie heute, verdankt sich natürlich einerseits der Nachkriegsgeschichte, dem Marshall-Plan und dem Schuldenerlass, der Adenauers Bundesrepublik 1953 gewährt wurde. Der aktuelle Wohlstand beruht jedoch unmittelbar auf der Notenbankpolitik Ben Bernankes seit 2008. Er verabreichte dem System dringend notwendige Liquiditätsspritzen. Die Devisenswap-Vereinbarungen, durch die die EZB von 2007 bis 2009 problemlos an die US-Dollars der Federal Reserve herankam, bewahrten die globale Wirtschaft vor dem Kollaps und sind seit 2013 verstetigt worden. Und Bernankes Anleihenkäufe erlaubten es gerade auch den europäischen Großbanken, ihre Wertpapierportfolios ohne größere Verluste abzuwickeln und gegen verzinste Guthaben bei der Fed einzutauschen. In der Euro-Zone steht die demütigende Behandlung Griechenlands für eine Variante der neuen Macht von Zentralbanken. Portugal erging es kurz darauf ähnlich: Eine linke Regierung wurde zu Fall gebracht, weil die EZB damit drohte, das Land von zukünftigen Anleihenkäufen auszuschließen, wenn seine Kreditwürdigkeit herabgestuft wird.

Aber es bestehen auch andere Möglichkeiten. Mark Carney, Kanadier und Gouverneur der Bank of England, setzte sich für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ein. Als die Wähler für den Brexit stimmten, tat er mehr, als sich nur der Mehrheit zu fügen, wie es das Amt von ihm verlangt. Um Spekulationen im Keim zu ersticken, erklärte er nach dem Ausgang des Referendums, je nach Bedarf 250 Milliarden Pfund oder Dollar bereitstellen zu wollen, auf die er dank der Zusammenarbeit mit der US-Notenbank zugreifen konnte. Nach kurzem Zittern ging die Brexit-Entscheidung so wenigstens auf den Finanzmärkten reibungslos über die Bühne. Zu größeren Verwerfungen kam es zum Ärger der Remain-Wähler und sehr zur Freude der Brexiteers nicht. Den Entschluss, den Carney im

Vorhinein als irrational bezeichnet hatte, deckte er durch die Politik der eigenen Notenbank. (Die Kosten, die in Zukunft anfallen, wären eine eigene Abhandlung wert.)

Man könnte nun kontern, dass so etwas in der Euro-Zone nicht möglich wäre. Doch Draghi stand seinem Amtskollegen in nichts nach. Als sich die Italiener im Dezember 2016 auf den Weg zu den Urnen machten, um über eine Verfassungsänderung abzustimmen, gab Draghi bekannt, dass die EZB unabhängig vom Ausgang des Referendums selbstverständlich auch weiterhin italienische Anleihen kaufen würde. Erpressungsversuche, wie sie gerade die südeuropäischen Euro-Staaten zuvor immer wieder erlebt hatten, gab es nicht. Die EZB hielt die Märkte in Schach, um eine demokratische Entscheidungsfindung zu gewährleisten. Dass Renzi's Reformvorschläge scheiterten, tangierte die Börsen nicht sonderlich – keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich vor Augen führt, wie fragil Italiens Bankensektor nach wie vor ist.

Es wäre ein schwerwiegender theoretischer Fehler und eine verpasste praktische Gelegenheit, technokratische Strukturen für eine Schwundform des Politischen zu halten. Wo Problemlösungskompetenz vorgeschützt wird, ist das Regieren nicht weit. Die zentrale Frage, die bereits die Generation von Keynes und Kojève aufgeworfen hat, ist, ob sich in Europa technokratische Politik mit dem Elan einer internationalistischen Demokratie verbinden lässt.